Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5787**

17. Wahlperiode 11. 05. 2011

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Gerold Reichenbach, Gabriele Fograscher, Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Wolfgang Gunkel, Michael Hartmann (Wackernheim), Ute Kumpf, Christine Lambrecht, Kirsten Lühmann, Thomas Oppermann, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt traditionell über eine der zahlenmäßig größten Katastrophenschutzpotentiale in Europa, fast zwei Millionen Ehrenamtliche engagieren sich für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. Die Abschaffung der Wehrpflicht wird negative Auswirkungen auf die zukünftige Helfergewinnung haben. Auch nach Aussage der Bundesregierung kann dem durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen entgegengewirkt werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Plant die Bundesregierung gesetzliche Initiativen, um zusammen mit den Bundesländern ein einheitliches Helferrecht für die im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz mitwirkenden öffentlichen und privaten Organisationen zu schaffen?
2. Plant die Bundesregierung Initiativen zur Schaffung eines einheitlichen bundesübergreifenden Helferausweises (analog zum bisherigen Zivildienstausweis) für die im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz mitwirkenden Helferinnen und Helfer?
3. Plant die Bundesregierung gesetzliche Initiativen, um ein einheitliches und organisationsübergreifendes Freistellungsrecht gegenüber dem Arbeitgeber für die im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz mitwirkenden Helferinnen und Helfer zu schaffen?

Berlin, den 11. Mai 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333